

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0 0 6 2 / 2 0 2 1 / I V**

Datum:  
03.03.2021

Federführung:  
Dezernat III, Landschafts- und Forstamt

Beteiligung:  
Dezernat III, Amt für Verkehrsmanagement  
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Betreff:  
**Situation Neckarvorland**

## Informationsvorlage

### Beschluslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 28. Juli 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Neuenheim	30.03.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	12.05.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	24.06.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität	30.06.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Bezirksbeirat Neuenheim	01.07.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	08.07.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Jugendgemeinderat	21.07.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	22.07.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Bezirksbeirat Neuenheim, der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und der Gemeinderat nehmen die Information zum Neckarvorland zur Kenntnis.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	<b>5.000</b>
Errichtung Grillzone Russenstein	5.000
<b>Einnahmen:</b>	
keine	
<b>Finanzierung:</b>	<b>5.000</b>
Im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel Amt 67	5.000
<b>Folgekosten:</b>	
keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Aus der Mitte des Bezirksbeirats Neuenheim wurde mit Antrag Nr. 0127/2020/AN Informationen zum Sachstand Neckarvorland abgefragt. Darüber hinaus wurden durch die Verwaltung auf Antrag Nr. 0096/2020/AN von Bündnis 90/Grüne Prüfungen zu den Themen Parken, Grillen, Lärmbelästigung, sachfremde Nutzungen und Angsträume vorgenommen. Über die Ergebnisse wird berichtet.

## digitale Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 30.03.2021

Ergebnis der digitalen öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 30.03.2021

### 5.2 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Bürgermeister Erichson, Herr Dr. Baader, Leiter des Landschafts- und Forstamtes, Herr Kragl vom Amt für Verkehrsmanagement, und Herr Blum vom Bürger- und Ordnungsamt per MS Teams zugeschaltet.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain weist auf zwei Fehler in der Informationsvorlage hin, die er aus Zeitgründen mündlich korrigieren wolle:

- Der Bereich, auf dem die Wohnmobile stünden, sei nicht, wie geschrieben, Teil der Rettungszufahrt zu den Kliniken im Neuenheimer Feld. Bei der Umgestaltung des Areals müsse allerdings gewährleistet sein, dass Fahrzeuge zur Wartung oder Entladung an die Brücke kommen könnten und im Notfall ein Rettungsfahrzeug an die Skateanlage fahren könne. Die Zuwegung müsse aber nicht in der jetzigen Dimension verbleiben und könne deshalb mittel- bis langfristig zur Grünfläche, allerdings nicht vollständig entsiegelt werden.
- Die Beleuchtung betreffend habe sich ein anderer Sachstand ergeben. Es gebe einen Vorschlag des Tiefbauamtes, zwei zusätzliche Leuchtpunkte anzubringen, in dem Bereich wo die Fußgänger und Radfahrer den zweiten Brückenbogen durchqueren. Es gebe jedoch sicherheitspolitische Bedenken, ob das zu einer verstärkten Menschenansammlung führe und werde deshalb gemeinsam mit der Polizei überwacht. Dennoch, soweit die Stadtwerke eine technische Realisierung sehen, sei die Ergänzung der Leuchtpunkte gewährleistet. Im Protokoll würden diese Punkte entsprechend aufgenommen werden.

#### In der folgenden Aussprache melden sich zu Wort:

Bezirksbeirätin Isenberg, Bezirksbeirat Dr. Rubik, Bezirksbeirätin Boto Rodriguez, Bezirksbeirat Esders, Bezirksbeirat Klassen, Bezirksbeirat Schaller, Bezirksbeirätin Linninger und Stadtrat Dr. Lutzmann

#### Änderung der Grillplatzsituation

Von den Bezirksbeiräten wird angefragt, ob die Grillzone dort eingerichtet werden könne, wo der Verein Neckarorte im letzten Sommer viel vertreten gewesen sei. Vorstellbar sei das entweder am Brückenaufgang oder am Rand der Brücke, wo keine Wiese mehr sei. Oder was spräche dagegen, die Grillzone ganz nach hinten (Richtung Skaterpark) zu verlegen und den Ort dort zu beleben.

Herr Dr. Baader sagt, dass man den Ort am Skaterpark durch einen Sandstrand, Palmen und ein einfaches Catering beleben wolle. Die Skatercommunity funktioniere gut. Dort eine Grillfläche zu installieren würde ein anderes Publikum und somit ein anderes Verhalten und eine neue Problematik (Stichwort: Alkoholkonsum) mit sich bringen. Er empfehle, die Situation zu belassen. Durch die errichteten Pflasterkreise für das Abstellen der Grills und die Bußgeld-Erhöhung bei nicht Einhaltung der Vorgaben, habe sich die Situation verbessert. Er befürchte, dass jeder weitere Ort keine Entlastung für die Neckarwiese mit sich bringe, dafür ein weiterer Ort werde, der der Kontrolle bedürfe.

Bürgermeister Erichson gibt zu bedenken, dass eine Verlagerung auch den Rückbau einer bereits eingerichteten Grillfläche bedeute und ebenfalls mit Kosten verbunden sei. Für den kommunalen Ordnungsdienst sei die Überwachung, eines weiteren Grillplatzes ohne den Rückbau eines bestehenden, nicht leistbar.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain bittet die Bezirksbeiräte um Abstimmung eines **Stimmungsbildes**,

ob die Einrichtung eines Grillplatzes am Russenstein erfolgen solle.
--

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 2 : 10 : 1 Stimmen**

#### Parkplatzsituation „Kastanienallee“ entlang der Uferstraße

Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen werden vom Bezirksbeirat befürwortet.

#### Aufwertung des Standorts für Wohnmobile zur Grünfläche

Laut der Ansicht einiger Bezirksbeiräte stellen die Wohnmobile kein Problem dar, die Fläche sollte allerdings entsiegelt werden. Andererseits wird aber von kritischen Äußerungen der Anwohner den Campern gegenüber berichtet. Es wird vorgeschlagen, dass der Platz kostenpflichtig gemacht und in der Parkdauer begrenzt werden solle.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain sagt, dass die Umgestaltung und Entsiegelung mittel- bis langfristig vorstellbar sei, im aktuellen Haushalt aber keine Mittel dafür eingeplant worden seien.

Herr Dr. Baader erklärt, dass die Idee, das Römerbad in diesen Bereich „herunterzuziehen“ immer wieder aufkäme. Allerdings wäre die Umsetzung sehr teuer, da die Park- und Wegesituation dann ebenfalls neu geordnet werden müsse. Es gebe hierzu noch nichts Konkretes.

Bezirksbeirat Klassen gibt zu bedenken, dass es für die Gestaltung des Bereiches wichtig sei, die Fahrradfahrer mit zu berücksichtigen.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert, dass man über die Einzelheiten in Zukunft noch ausführlich diskutieren müsse. Er bittet auch hier die Bezirksbeiräte um ein **Stimmungsbild**,

ob die Wohnmobile am jetzigen Standort erwünscht sind.
--

**Abstimmungsergebnis: befürwortet mit 10 : 2 : 1 Stimmen**

### **Nächtliche Ruhestörung**

Herr Blum vom Bürger- und Ordnungsamt berichtet, dass mit dem kommunalen Ordnungsdienst und dem Polizeipräsidium gesprochen worden sei. Bezüglich der nächtlichen Ruhestörung werde kontrolliert. Die Polizeiverordnung sei im letzten Monat neu gefasst worden. Im Nachgang werde es mit dem Landschafts- und Forstamt angegangen, die Satzung über die Benutzung des Neckarvorlandes (Neckarvorland-Satzung) abzuändern. Rechtliche Grundlagen würden geprüft, um noch stärker auf dem Neckarvorland kontrollieren zu können.

Von den Bezirksbeiräten kommt die Frage auf, ob es Lärmmessungen gebe und ob ab einer bestimmten Zeit (zum Beispiel ab 23 Uhr) laute Musik verboten werden könne?

Herr Blum sagt, dass man diese Problematik im Blick habe. In der Neckarvorland-Satzung solle aufgenommen werden, dass bei Lärmbelästigung ein Bußgeld verhängt werden könne.

Bürgermeister Erichson merkt an, dass es sich nicht um Vergleichsmessungen des Lärms handle, sondern die unmittelbare Lärmbelästigung beweise.

Im Gremium entsteht eine Diskussion über die möglichen Regelungen bezüglich der Lärmproblematik.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain empfiehlt über die Regelungen, in Zusammenhang mit der Neckarvorland-Satzung nochmal konkreter zu diskutieren.

### **Beleuchtung an der Uferstraße**

Stadtrat Dr. Lutzmann sagt, dass es sich hier um einen unter anderem von vielen jungen Leuten genutzten Weg handle, der aber wegen der Dunkelheit ein „Angstweg“ sei. Er bitte deshalb dringend um eine bessere Beleuchtung.

## **Gänsekot**

Bezirksbeirat Schaller spricht die Problematik mit den Gänsen an.

Bezüglich des Gänsekots erklärt Herr Dr. Baader, dass die Wiese ausschließlich bei trockener Witterung mit einem Saugaggregat gereinigt werde, da ansonsten die Grasnarbe zerstört würde.

Hinsichtlich der Population führt er aus, es handle sich bei den Gänsen um verschiedene Arten. Die Tiere würden dem Jagdrecht und dem Naturschutzrecht unterliegen. Um eine weitere Ausbreitung zu verhindern, greife man in das Gelege der Gänse ein und berühre damit bereits das Jagdrecht wozu entsprechende Befreiungen vom Regierungspräsidium und den Naturschutzbehörden eingeholt worden seien. Die Jagd auf der Neckarwiese sei anders als in Handschuhsheim, Kirchheim und dem Schwabenheimer Hof, nicht gestattet und nicht gewollt. Es handle sich um eine schwierige Aufgabe und es stünde keine einfache Lösung zur Verfügung.

Nach dieser ausführlichen Aussprache nehmen die Mitglieder des Bezirksbeirates die Informationsvorlage mit den von Bürgermeister Schmidt-Lamontain erwähnten Änderungen (keine Rettungszufahrt, ergänzende Beleuchtung), mit den Stimmungsbildern (kein weiterer Grillplatz und die Beibehaltung des Wohnmobil Stellplatzes) und mit der Zusage zur Überarbeitung der Neckarvorland-Satzung zur Kenntnis.

**gezeichnet**  
Raoul Schmidt-Lamontain  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Änderung/en und Arbeitsauftrag

# digitale Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 12.05.2021

Ergebnis der öffentlichen digitalen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 12.05.2021

## 5.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Stadträtin Mirow, die den **Antrag** der Partei **DIE LINKE** (Anlage 01 zur Drucksache 0062/2021/IV) begründet.

Die Verwaltung wird gebeten, die Benutzerfreundlichkeit auf der Neckarwiese zu verbessern und dabei auch die mögliche Erweiterung der offenen unentgeltlich nutzbaren Grillzonen zu prüfen.

Bei der nachfolgenden Diskussion melden sich zu Wort:

Herr Dr. Lutzmann, Stadtrat Föhr, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Heldner

Folgende Punkte und Fragen werden angesprochen:

- Es solle ein Ausgleich hergestellt werden zwischen den Anwohnern und den Nutzern der Neckarwiese. Forderungen der Anwohner seien, dass die Kastanienallee und die hintere Uferstraße nur für Anwohnerparken freigegeben werden. Positiv sei auch die anstehende Beleuchtungsverstärkung rund um die Ernst-Walz-Brücke zu sehen. Auch das vorläufige Belassen der Wohnmobile unterhalb der Ernst-Walz-Brücke schmälere den Angsträum.
- Die Grillzonen sollen nicht eingeschränkt, sondern entzerrt werden.
- Aufgrund der Lärmbelastigungen sei zu überlegen, ob man nicht ein komplettes Verbot von Lautsprechern ab 22:00 Uhr aussprechen solle.
- Die Neckarwiese sei nicht der einzige konsumfreie Raum in Heidelberg. Ähnliche Verweilräume gebe es auch unterhalb des Russensteins, in Wieblingen, Ziegelhausen und zukünftig auch auf den Konversionsflächen in der Südstadt.
- Wir wollen Aufenthalts- und Lebensqualität auf der Neckarwiese. Derzeit sei die Wiese an schönen Tagen vorwiegend an Wochenenden übergenutzt, was zu Lasten der Natur und der dort lebenden Tiere aber auch der dort lebenden Menschen gehe. In der Vorlage sei ein guter Kompromiss gefunden worden, um die Aufenthaltsqualität erhalten zu können.
- Die Wiese sei kein rechtsfreier Raum. Kontrollen müssen durchgeführt werden, damit sich jeder dort wohlfühlen könne.
- Die Nutzung eines eventuellen Grillplatzes unterhalb des Russensteins betreffe weniger die Interessen der Neuenheimer Bevölkerung als vielmehr die der Ziegelhäuser oder Schlierbacher. Die Schaffung von Grillzonen außerhalb der Neckarwiese in Neuenheim sei wünschenswert, um die Situation zu entzerren.
- Die Ablehnung einer Grillzone unterhalb des Russensteins sei auch aufgrund der Argumentation der Verwaltung beschlossen worden.
- Die ursprüngliche Intention der „Stresser-Beleuchtung“ sei es gewesen, die Leute dazu zu bewegen, die Wiese zu verlassen.

- Der Standort der Wohnmobile unterhalb der Ernst-Walz-Brücke sei nicht Teil der Rettungszufahrt zu der Klinik.
- Ist es möglich, sich mit anderen Städten bezüglich der Gänseproblematik auszutauschen? Für das Problem müsse dringend eine Lösung gefunden werden.
- Eine Änderung des Jagdrechts sei dahingehend erforderlich, dass auch Vögel in Lebendfallen gefangen werden können.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain weist darauf hin, dass in der zu überarbeitenden Neckarvorland-Satzung die Fragestellung eines Verbots von Lautsprechern ab einer gewissen Uhrzeit diskutiert werden könne. Der Beschluss aus dem Bezirksbeirat Neuenheim gegen eine zusätzliche Grillzone am Russenstein sei deshalb getroffen worden, weil man sich von der weiteren Grillstelle keine Entlastung der Neckarwiese erhoffe. Die Formulierung, dass der Bereich unterhalb der Ernst-Walz-Brücke als Rettungszufahrt diene sei bereits korrigiert worden. Die Zufahrt sei lediglich zu gewährleisten, damit Rettungsfahrzeuge zur Skateranlage kommen können und für eventuelle Arbeiten an der Brücke. Weiterhin sollen entgegen der Formulierung in der Vorlage zwei weitere Leuchtpunkte installiert werden.

Herr Bürgermeister Erichson stellt klar, dass es der Stadt auf der Neckarwiese nicht um eine „law and order-Politik“ ginge. Es gebe dort seit 10 Jahren Konflikte hinsichtlich von Rauchbelästigungen ausgehend von den Grillstellen und von Lärmbelästigungen, die dort häufig in den späten Abendstunden auftreten. Die Ordnungskräfte seien zwar angewiesen, die Menschen anzusprechen, zu beruhigen und zu überzeugen, sich ruhiger zu verhalten. Bei größeren Vorfällen musste die Wiese aber auch schon mehrmals geräumt werden. Der Vorschlag der Verwaltung, auch am Russenstein eine Grillzone einzurichten, sei vom Bezirksbeirat Neuenheim abgelehnt worden. In der Regel gehe es in fast allen Konflikten um Lärmbelästigungen. Aus diesem Grund seien Lärmmessgeräte installiert worden, damit im Echtbetrieb gemessen werden könne. Das Einschalten der „Stresser-Beleuchtung“ werde von den meisten Jugendlichen positiv gesehen. Die Verwaltung müsse immer versuchen zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, der Rechtslage, hier der Neckarvorland-Satzung, und den Menschen, die die Neckarwiese nutzen einen Ausgleich zu finden. Mit den in der Vorlage vorgeschlagenen Maßnahmen solle ein weiterer Ausgleich geschaffen werden.

Herr Dr. Baader vom Landschafts- und Forstamt erläutert, dass die Rahmenbedingungen für die Gänse auf der Neckarwiese aufgrund der Nähe zum Wasser und des Futterangebots optimal seien. Einen Austausch über die Problematik mit anderen Städten und Gemeinden gebe es schon seit vielen Jahren. Eingriffsmöglichkeiten seien aufgrund des Tier- und Artenschutzes und des Naturschutzes nur sehr begrenzt möglich. Eine Bejagung innerhalb der Stadt sei aus Sicherheitsgründen ebenfalls ausgeschlossen. Selbst bei einer Änderung des Jagdrechts wäre das Fangen von Tieren in Lebendfallen während der Brut- und Setzzeit nicht erlaubt. Regelmäßige Eingriffe in die Gelege werden nach Genehmigung durch das Regierungspräsidium außerhalb von Naturschutzgebieten vorgenommen. Die Wiese werde regelmäßig intensiv von Kot gereinigt.

Im Anschluss lässt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain über den **Antrag** der **DIE LINKE** abstimmen:

Die Verwaltung wird gebeten, die Benutzerfreundlichkeit auf der Neckarwiese zu verbessern und dabei auch die mögliche Erweiterung der offenen unentgeltlich nutzbaren Grillzonen zu prüfen.
---

**Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 06:07:01**

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen

**gezeichnet**  
Raoul Schmidt-Lamontain  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Sitzung des Gemeinderates vom 24.06.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 24.06.2021

### 22.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Die Tagesordnungspunkte 22 (Drucksache 0096/202/AN „Neckarwiese“), 22.1 (Drucksache 0062/2021/IV „Situation Neckarvorland“) und 37 (Drucksache 0059/2021/AN „Sicherheitskonzept Neckarwiese“) werden gemeinsam in die Gremien verwiesen.

Stadtrat Michelsburg beantragt aufgrund der aktuell veränderten Situation auf der Neckarwiese vor, dass der Tagesordnungspunkt 22 und 22.1 in die Gremien zurückverwiesen werden sollen, um insbesondere den heutigen vorgelegten Sachantrag im Kontext zu beraten.

Die Stadträtinnen Mirow und Dr. Geugjes sind der Meinung, dass es wichtig sei aufgrund der Vorkommnisse an Pfingsten und den damit verbundenen Restriktionen das Thema in der heutigen Sitzung zu besprechen. Beide haben im Vorfeld der Sitzung Anträge (Anlage 01 und Anlage 03) zum Thema gestellt.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner weist daraufhin, dass es sich um zwei verschiedene Problematiken handle. Die Neugestaltung der Neckarvorland-Satzung sei wichtig und umfangreich, alle Interessen müssten ausreichend betrachtet werden. Ein Verweis in die Gremien halte er deshalb für sinnvoll.

Die Diskussion um die im Augenblick geltende ordnungsrechtliche Anordnung sei davon unabhängig zu betrachten, da es sich in diesem Fall um eine sicherheitsrelevante Anordnung handle, die als Interimslösung aufgrund der Pfingstvorkommnisse erteilt worden sei und nur bis einschließlich 11.07.2021 gelten solle.

Die Stadträtinnen Mirow, Dr. Geugjes sowie Stadtrat Rothfuß halten eine Beratungsfolge, die noch vor Ende des Sommers abgeschlossen werden könne, für erforderlich.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner legt daraufhin eine neue Beratungsfolge für die Tagesordnungspunkte 22 und 22.1 sowie aller dazu gestellten Anträge fest und teilt mit, dass der Tagesordnungspunkt 37 ebenfalls in diese Beratungsfolge aufgenommen werden solle. Beginn werde der Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021 sein. Anschließend folgender Gremienlauf: 01.07.2021 Bezirksbeirat Neuenheim, 08.07.2021 Haupt- und Finanzausschuss, 21.07.2021 Jugendgemeinderat 21.07.2021 und anschließend 22.07.2021.

Die Vorlage wird somit in die Gremien mit Beginn des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität zurückverwiesen.

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** verwiesen in die Gremien

# Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021

## 8.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain eröffnet den Tagesordnungspunkt und schlägt vor, die **Tagesordnungspunkte 8 und 9 inhaltlich gemeinsam zu diskutieren und im Ergebnisblatt zu Tagesordnungspunkt 8.1 zu dokumentieren**. Allerdings müsste über Inhalte der Satzung getrennt abgestimmt werden.

Im Anschluss übergibt er das Wort an Stadtrat Dr. Lutzmann, der kurz die Historie des ursprünglichen Antrags der Bündnis 90/Die Grünen sowie die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Lage auf der Neckarwiese geführt haben, erläutert. Im Anschluss begründet er den als Tischvorlage verschickten **Antrag der Bündnis 90/Die Grünen** (Anlage 03 zur Drucksache 0062/2021/IV).

Die Grünen-Fraktion beantragt:

1. eine Stärkung der präventiven Maßnahmen vor Ort (also Neckarwiese und Altstadt), beginnend am frühen Abend, bestehend aus:
  - verstärkter Zusammenarbeit zwischen Polizei, KOD und Jugendsozialarbeiter\*innen unter Einbezug des Jugendgemeinderats, Kulturschaffenden und den Nachtbürgermeistern.
  - Einrichtung einer gemeinsamen (zivilen) Fußstreife, gemeinsam mit Jugendsozialarbeiter\*innen, die früh ansprechen und auch niederschwellig ansprechbar sind: Deeskalation, Präsenz, Kommunikation!
  - Nutzung der vielen Erfahrungen aus dem Mannheimer Jungbusch ("lange Meile") und Austausch mit dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim.
2. eine stärkere Einbindung des KOD mit Einsatzzeiten, die sich flexibler an der Lage orientieren (bedeutet: manchmal auch nach Mitternacht arbeiten; Vorplanung, wann das nötig ist, ist gut möglich, das Personal kann an den Tagen später anfangen) -> bitte prüfen, ob eine Aufstockung des KOD nötig ist.
3. eine absolute Priorisierung des Ermöglichens von dezentralen und hygienekonformen kulturellen Angeboten und die Schaffung von weiteren Treffpunkten für junge Menschen in jedem Stadtteil, um die Situation auf der Neckarwiese und in der Altstadt zu entzerren.

Stadtrat Michelsburg begründet im Anschluss den **Antrag** der SPD (Anlage 04 zur Drucksache 0062/2021/IV).

Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:

- Konsequente Ahndung von Lärmverstößen in der Zeit der Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr.
- Bei Bedarf soll die Uferstraße am Wochenende zwischen 21–24 Uhr auf Höhe der Werderstr. und Lutherstr. gesperrt werden. Anwohnende können über die nebenliegenden Straßen zu ihren Wohnungen kommen.
- Prüfung der Umwandlung der Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze. Dadurch sollen Mieter\*innen bei Verstößen leichter den Abschleppdienst rufen können und Vergehen strikter geahndet werden.

Bei der Diskussion melden sich zu Wort:

Stadtrat Michelsburg; Stadtrat Leuzinger, Stadtrat Dr. Lutzmann, Stadtrat Eckert, Stadträtin Heldner, Stadtrat Pfeiffer

Folgende Punkte und Fragen werden angesprochen:

- Mit welchen Kosten sind die Punkte eins und zwei aus dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen verbunden.
- Warum sollen nur Gruppen bei Lärmbelästigung von der Neckarwiese verwiesen werden?
- Ist es vorgesehen, dass sowohl das Kiosk Q41 als auch die Neckarorte schließen müssen, da gewerbliche Betätigungen nicht vom Widmungszweck umfasst sind?
- Die Nachtruhe ab 22:00 Uhr sei nicht akzeptabel.
- Warum wurde der Begriff der Gruppe mit drei Personen definiert?
- Ist das Singen zwischen 22:00 und 6:00 Uhr erlaubt?
- Sind Wikingerschach und Flunkyball Mannschaftsspiele im Sinne von Paragraph 3 Absatz 5 der Neckarvorlandsatzung?
- Ziel müsse es sein, die hohe Polizeipräsenz auf der Neckarwiese zu reduzieren und stattdessen gezielt effektive Kommunikationsteams der Polizei einzusetzen.

- Bei der Satzung fehle es an Rechtssicherheit. Weiterhin stelle sie eine erhebliche Freiheitseinschränkung dar. Das Problem der Anwohner sei zwar nachvollziehbar. Es sei aber trotzdem nicht nachvollziehbar, dass hier weitere Reglementierungen getroffen werden müssen. Das bestehende Polizeirecht sei vollkommen ausreichend und biete der Polizei Eingriffsmöglichkeiten. Wegen einiger Chaoten die Neckarwiese abzusperren sei nicht verhältnismäßig. Vielen jungen Leuten werde damit die Möglichkeit genommen, sich Nahe der Innenstadt irgendwo niederzulassen. Die Störung der Anwohner sei sehr subjektiv und könne toleriert werden.
- Etwas mehr Gastronomie in bestimmten beschränkten Bereichen der Neckarwiese würde zu mehr Ruhe und Kontrolle führen.
- Die Ruhezeit auf der Neckarwiese solle analog zur Außengastronomie erst um 23:00 Uhr beginnen. Der Betrieb jeglicher Tonwiedergabegeräte solle danach verboten werden. Die in Paragraph 3 Absatz 3 Nummer 4 getroffene Regelung sei eine Doppelung und müsse nicht noch einmal in der Satzung erwähnt werden.
- Eine zeitliche Reglementierung in der Satzung sei schwierig und solle in der Satzung nicht erwähnt werden. Ein Einschreiten der Polizei sei jederzeit möglich.

Herr Dr. Baader vom Landschafts- und Forstamt erläutert, dass die in der Satzung gewählte Definition der Gruppe erforderlich sei, um Rechtssicherheit für die Polizei zu schaffen. Aufgrund der Leistungsfähigkeit der aktuellen Handy- oder Musikboxen sei ein Verbot ab 22:00 Uhr aus seiner Sicht unumgänglich. Auch ein Grölen sei unter Umständen nach 22:00 Uhr als Ruhestörung zu ahnden. Die Ruhezeit ab 22:00 Uhr sei analog zu den Regelungen in der Polizeiverordnung angepasst worden. Das bedeute allerdings nicht, dass ein Aufenthalt auf der Neckarwiese ab 22:00 Uhr nicht mehr möglich sei. Man müsse sich danach lediglich angemessen verhalten. Die Satzung sei nicht wegen der Vorfälle in den letzten Wochen und Monate überarbeitet worden. Die Überarbeitung der Satzung sei vielmehr notwendig geworden, um Widersprüche zwischen der Polizeiverordnung und der Neckarvorlandsatzung auszuräumen. Es sei keine neue Rechtsnorm geschaffen worden. Der Paragraph 3 Absatz 3 Nummer 4 der Neckarvorlandsatzung sei aus der Polizeiverordnung übernommen worden. Dies diene dazu, dass die Satzung für sich alleine als Rechtsnorm verwendet werden könne.

Als Mannschaftsspiele seien eher kämpferische Sportarten, wie zum Beispiel Fußball und Rugby gemeint, für die oft Stollenschuhe getragen werden. Bei durchweichtem wären die Schäden, die bei solchen kampfbetonten Sportarten entstehen würden, so groß, dass die Wiese nicht mehr grün gehalten werden könnte. Aus diesem Grund habe es sich über viele Jahre etabliert, dass auf diesem Teil der Wiese nur dann gespielt werde, wenn die Bespielbarkeit der Wiese durch einen entsprechenden Hinweis angezeigt ist.

Der Kiosk sei nicht Teil des Neckarvorlandes. Daher sei hier auch weiterhin gewerbliche Nutzung zulässig. Die Neckarorte seien eine völlig andere Situation, als wenn dort ein gewerblicher Anbieter eine Strandbar eröffnen würde und damit nicht vom Verbot tangiert.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain führt aus, dass es bei einer Freigabe der Neckwiese für gewerbliche Nutzung Probleme bezüglich des Gleichbehandlungsgrundsatzes gebe. Entsprechende Kriterien für die Vergabe der Plätze werden derzeit vom Bürgeramt ausgearbeitet.

Herr Köster vom Bürgeramt erläutert, dass an einem Konzept gearbeitet werde, dass erlaubt, an bestimmten Stellen unter bestimmten Voraussetzungen mobile Verkaufsstände zuzulassen. Eine entsprechende Informationsvorlage werde dem Gemeinderat in Bälde vorgelegt. Er erklärt weiter, dass die Neckarvorlandsatzung eine sinnvolle Ergänzung zur Polizeiverordnung darstelle und mit dieser harmonisiert sei. In der Satzung sei kein Aufenthalt- oder Betretungsverbot enthalten. Es müsse lediglich gewährleistet sein, dass an den Immissionsorten keine schädlichen Umwelteinwirkungen entstehen. Der Kommunale Ordnungsdienst sei nur dann eingeschritten, wenn an den Einwirkungsorten sehr laute Immissionen angekommen seien. Die Regelungen der Satzung schaffen ganz klare Eingriffsmöglichkeiten für den Kommunalen Ordnungsdienst.

Anschließend begründet Stadträtin Heldner den **Antrag der Heidelberger** (Anlage 02 zur Drucksache 0062/2021/IV)

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zur Sicherstellung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswertes der Heidelberger Neckarwiese zwischen Ernst-Walz-Brücke und Theodor-Heuss-Brücke folgende Maßnahmen zu veranlassen:

- 1) Awareness-Kampagne mit Hinweisen auf Regeln für ein gutes Miteinander.
- 2) Zeitliche Beschränkung der Nutzung der Neckarwiese bis 23 Uhr
- 3) Konsequente Überwachung bzw. Durchsetzung der Vorgaben, v.a. gegen Lärm, Verschmutzungen (Müll, Wildpinkeln etc.) und Falschparken (insbesondere Überwachung der Parkberechtigung in der „Kastanienallee“ sowie Ahndung der Falschparker mit konsequentem Abschleppen, wo nötig)
- 4) „Abschreckung“ durch Präsenz der Ordnungskräfte – gegebenenfalls muss der entsprechende gemeindliche Ordnungsdienst entweder personell verstärkt oder andere Schwerpunkte bei der Einsatzplanung gesetzt werden.
- 5) Wenn nötig: Am Wochenende Kontrollen bereits an der Zufahrt.

Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain erläutert das geplante weitere Vorgehen bezüglich der Behandlung der Anträge. Über den als Anlage 01 zur Drucksache 0062/2021/IV verteilten Antrag der Linken wurde bereits in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Mobilität abgestimmt.

Im Anschluss lässt er über den Antrag der Heidelberger (Anlage 02 zur Drucksache 0062/2021/IV) abstimmen. Seinem Vorschlag, den Punkt 2 des Antrags erst bei der Behandlung des Tagesordnungspunktes 9 (Beschlussvorlage „Erlass einer Neckarvorlandsetzung“; Drucksache 0169/2021/BV) abstimmen zu lassen, stimmt Stadträtin Heldner zu. Dem Vorschlag von Stadtrat Michelsburg, die beiden ersten Worte in Punkt 4 („Abschreckung“ durch) zu streichen, stimmt Stadträtin Heldner zu.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zur Sicherstellung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswertes der Heidelberger Neckarwiese zwischen Ernst-Walz-Brücke und Theodor-Heuss-Brücke folgende Maßnahmen zu veranlassen:

- 1) Awareness-Kampagne mit Hinweisen auf Regeln für ein gutes Miteinander.
- 2) ~~Zeitliche Beschränkung der Nutzung der Neckarwiese bis 23 Uhr~~
- 3) Konsequente Überwachung bzw. Durchsetzung der Vorgaben, v.a. gegen Lärm, Verschmutzungen (Müll, Wildpinkeln etc.) und Falschparken (insbesondere Überwachung der Parkberechtigung in der „Kastanienallee“ sowie Ahndung der Falschparker mit konsequentem Abschleppen, wo nötig)
- 4) ~~„Abschreckung“~~ durch Präsenz der Ordnungskräfte – gegebenenfalls muss der entsprechende gemeindliche Ordnungsdienst entweder personell verstärkt oder andere Schwerpunkte bei der Einsatzplanung gesetzt werden.
- 5) Wenn nötig: Am Wochenende Kontrollen bereits an der Zufahrt.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 13:01:00**

Danach lässt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain über den **Antrag** der **Bündnis 90/Die Grünen** (Anlage 03 zur Drucksache 0062/2021/IV) abstimmen.

Die Grünen-Fraktion beantragt:

1. eine Stärkung der präventiven Maßnahmen vor Ort (also Neckarwiese und Altstadt), beginnend am frühen Abend, bestehend aus:
  - verstärkter Zusammenarbeit zwischen Polizei, KOD und Jugendsozialarbeiter\*innen unter Einbezug des Jugendgemeinderats, Kulturschaffenden und den Nachtbürgermeistern.
  - Einrichtung einer gemeinsamen (zivilen) Fußstreife, gemeinsam mit Jugendsozialarbeiter\*innen, die früh ansprechen und auch niederschwellig ansprechbar sind: Deeskalation, Präsenz, Kommunikation!
  - Nutzung der vielen Erfahrungen aus dem Mannheimer Jungbusch („lange Meile“) und Austausch mit dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim.

2. eine stärkere Einbindung des KOD mit Einsatzzeiten, die sich flexibler an der Lage orientieren (bedeutet: manchmal auch nach Mitternacht arbeiten; Vorplanung, wann das nötig ist, ist gut möglich, das Personal kann an den Tagen später anfangen) -> bitte prüfen, ob eine Aufstockung des KOD nötig ist.
3. eine absolute Priorisierung des Ermöglichens von dezentralen und hygienekonformen kulturellen Angeboten und die Schaffung von weiteren Treffpunkten für junge Menschen in jedem Stadtteil, um die Situation auf der Neckarwiese und in der Altstadt zu entzerren.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:01:01**

Im Anschluss lässt Herr Bürgermeister Schmidt-Lamontain auf Wunsch des Gremiums über die einzelnen Punkte, die im **Antrag** der **SPD** aufgeführt sind, abstimmen

Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:

- Konsequente Ahndung von Lärmverstößen in der Zeit der Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:01:04**

Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:

- Bei Bedarf soll die Uferstraße am Wochenende zwischen 21-24 Uhr auf Höhe der Werderstr. und Lutherstr. gesperrt werden. Anwohnende können über die nebenliegenden Straßen zu ihren Wohnungen kommen.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 09:01:04**

Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:

- Prüfung der Umwandlung der Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze. Dadurch sollen Mieter\*innen bei Verstößen leichter den Abschleppdienst rufen können und Vergehen strikter geahndet werden.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 11:02:01**

**Somit ergeht folgende Empfehlung:**

***Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zur Sicherstellung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswertes der Heidelberger Neckarwiese zwischen Ernst-Walz-Brücke und Theodor-Heuss-Brücke folgende Maßnahmen zu veranlassen:***

- 1) ***Awareness-Kampagne mit Hinweisen auf Regeln für ein gutes Miteinander.***
- 2) ***Konsequente Überwachung bzw. Durchsetzung der Vorgaben, v.a. gegen Lärm, Verschmutzungen (Müll, Wildpinkeln etc.) und Falschparken (insbesondere Überwachung der Parkberechtigung in der „Kastanienallee“ sowie Ahndung der Falschparker mit konsequentem Abschleppen, wo nötig)***
- 3) ***Präsenz der Ordnungskräfte – gegebenenfalls muss der entsprechende gemeindliche Ordnungsdienst entweder personell verstärkt oder andere Schwerpunkte bei der Einsatzplanung gesetzt werden.***
- 4) ***Wenn nötig: Am Wochenende Kontrollen bereits an der Zufahrt.***
- 5) ***eine Stärkung der präventiven Maßnahmen vor Ort (also Neckarwiese und Altstadt), beginnend am frühen Abend, bestehend aus:***
  - ***verstärkter Zusammenarbeit zwischen Polizei, KOD und Jugendsozialarbeiter\*innen unter Einbezug des Jugendgemeinderats, Kulturschaffenden und den Nachtbürgermeistern.***
  - ***Einrichtung einer gemeinsamen (zivilen) Fußstreife, gemeinsam mit Jugendsozialarbeiter\*innen, die früh ansprechen und auch niederschwellig ansprechbar sind: Deeskalation, Präsenz, Kommunikation!***
  - ***Nutzung der vielen Erfahrungen aus dem Mannheimer Jungbusch („lange Meile“) und Austausch mit dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim.***
- 6) ***eine stärkere Einbindung des KOD mit Einsatzzeiten, die sich flexibler an der Lage orientieren (bedeutet: manchmal auch nach Mitternacht arbeiten; Vorplanung, wann das nötig ist, ist gut möglich, das Personal kann an den Tagen später anfangen) -> bitte prüfen, ob eine Aufstockung des KOD nötig ist.***

Formale und inhaltliche Berichtigung der Empfehlung  
07.07.2021 mr

Inhaltliche Be-  
richtigung der  
Empfehlung  
07.07.2021 mr

7) *eine absolute Priorisierung des Ermöglichens von dezentralen und hygienekonformen kulturellen Angeboten und die Schaffung von weiteren Treffpunkten für junge Menschen in jedem Stadtteil, um die Situation auf der Neckarwiese und in der Altstadt zu entzerren.*

8) *Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:*

*- Konsequente Ahndung von Lärmverstößen in der Zeit der Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr.*

*- Bei Bedarf soll die Uferstraße am Wochenende zwischen 21-24 Uhr auf Höhe der Werderstr. und Lutherstr. gesperrt werden. Anwohnende können über die nebenliegenden Straßen zu ihren Wohnungen kommen.*

*- Prüfung der Umwandlung der Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze. Dadurch sollen Mieter\*innen bei Verstößen leichter den Abschleppdienst rufen können und Vergehen strikter geahndet werden.*

**gezeichnet**  
Raoul Schmidt-Lamontain  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Empfehlung

# Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 01.07.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Neuenheim vom 01.07.2021

## 6.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Bürgermeister Schmidt-Lamontain ruft die Tagesordnungspunkte 6.1 „Situation Neckarvorland“ (Drucksache 0062/2021/IV) und 7 „Erlass einer neuen Neckarvorlandsatzung“ (Drucksache 0169/2021/BV) gemeinsam zur Diskussion auf. Über den Inhalt der Satzung (Tagesordnungspunkt 7) müsste später separat abgestimmt werden.

Er berichtet zunächst über die Beratungsergebnisse der beiden Tagesordnungspunkte aus der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität, die heute auch als Tischvorlage verteilt sind:

Zur Vorlage „Situation Neckarvorland“ seien im Laufe der Debatte insgesamt drei neue Anträge gestellt worden – von den Grünen (Stichworte: Präventive Maßnahmen, stärkere Einbindung Kommunaler Ordnungsdienst – KOD, Schaffung kulturelle Angebote und weitere Treffpunkte), der SPD (Stichworte: Awareness-Konzept, Ahndung Lärmverstöße, Sperrung Uferstraße, Umwandlung Parkplätze in zu vermietende Stellplätze) und den Heidelbergern (Stichworte: Awareness-Kampagne, zeitliche Beschränkung der Nutzung der Neckarwiese, konsequente Durchsetzung von Vorgaben, Präsenz der Ordnungskräfte erhöhen, Zufahrtskontrollen).

Zur Vorlage „Erlass einer neuen Neckarvorlandsatzung“ seien auch drei Anträge gestellt worden. Abschließend sei der Antrag der Heidelberger, der eine „zeitliche Beschränkung der Nutzung der Neckarwiese bis 23:00 Uhr“ vorsehe, mehrheitlich beschlossen worden.

Nach diesen Ausführungen meldet sich Stadtrat Dr. Lutzmann zu Wort und bittet darum, zunächst der anwesenden Bürgerschaft im Rahmen einer **Anhörung** (gemäß §3 Absatz 4 der Geschäftsordnung für Bezirksbeiräte) das Wort zu erteilen. Da es hiergegen keinen Widerspruch aus dem Gremium gibt, meldet sich ein Bürger und trägt die Belange aus Sicht der Anwohnerschaft zur Situation auf der Neckarwiese / dem Neckarvorland vor. Dabei spricht er folgende wesentliche Punkte an:

- Nach vielen schlimmen Situationen / Zeiten komme die Hoffnung auf, dass sich jetzt etwas tue.
- Gerne könne man sich bei einem Besuch auf dem Balkon eines Anwohners / einer Anwohnerin selbst davon überzeugen, wie die Lage an Abenden / Wochenenden wirklich aussehe.

- Man habe viele Videos von den Situationen auf der Neckarwiese. Wer Interesse habe, könne sich diese gerne nach der Sitzung anschauen.
- Es gebe zwar viele Maßnahmen. Gefühlt wirkten diese jedoch nur kurzfristig. Man wünsche sich Maßnahmen, die eine langfristige Wirkung erzielten.
- Wie komme man an langfristig wirkende Lösungen, die bereits im Vorfeld effektiv Eskalationen verhinderten?

Bürgermeister Schmidt-Lamontain erklärt, die in der Beratung befindliche Neckarvorlandsatzung verfolge den Ansatz, langfristige Lösungen im Sinne eines Interessenausgleichs zwischen der Anwohnerschaft und der Öffentlichkeit zu finden. Die aktuellen akuten Ausschreitungen und die damit verbundenen Maßnahmen (Räumung der Neckarwiese, verstärkte Polizeipräsenz et cetera) sollten jedoch nicht damit „vermengt“ werden.

Bürgermeister Erichson ergänzt, man könne die aktuelle Situation auf dem Neckarvorland nicht mit der in den Vorjahren vergleichen. Man habe es hier nicht mit normalen Feiernden zu tun, sondern mit klassischem „Krawall-Tourismus“. Die Leute kämen teilweise aus einem Umkreis von bis zu 200 Kilometern. Nicht nur in Heidelberg sei dies ein Problem – mittlerweile seien viele andere Großstädte auch betroffen.

Weiter berichtet der Bürger, man habe sich – gemeinsam mit weiteren Anwohnerinnen und Anwohnern – die **Neckarvorlandsatzung** angeschaut und würde heute gerne einige **Vorschläge zur Änderung/Ergänzung** vorbringen:

- Unter § 3 Absatz 2 soll eine neue Nummer 4 ergänzt werden:  
„4. Das Mitführen und Konsumieren von Alkohol ist für Gruppen über 10 Personen auf dem Neckarvorland grundsätzlich untersagt.“
- Der § 3 Absatz 4 soll wie folgt konkretisiert werden:  
„Hierzu zählen insbesondere Zusammenkünfte, Treffen und Ansammlungen, zu denen öffentlich, etwa über neue Medien (tiktok, Facebook, twitter, WhatsApp, Snapchat et cetera) aufgerufen oder eingeladen wird, unabhängig davon, dass oder ob dergleichen Zusammenkünfte als Veranstaltungen mit Bindung oder Zweckbestimmung, oder Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes anzusehen sind.  
Als Veranstaltung ist in diesem Sinne mindestens der Aufenthalt einer Gruppe gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 der Neckarvorlandsatzung anzusehen, zu deren Zusammenkunft öffentlich aufgerufen oder eingeladen wird. Die hierzu geltenden Benutzungsregeln geltend entsprechend.“

- Unter § 5 Absatz 1 soll eine neue Nummer 2 ergänzt werden:  
„2. entgegen § 3 Absatz 2 Nummer 2 die Anwohnerschaft und deren Nachtruhe durch Lärm oder auf sonstige Weise unzumutbar stört; hierbei gilt als Richtwert die Überschreitung von Lautstärken im Sinne eines reinen Wohngebietes gemäß Ziffer 6.1 der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm – kurz: TA Lärm – (§ 48 Bundesimmissionsschutzgesetz),“
- Unter § 5 Absatz 1 soll die Nummer 3 wie folgt ergänzt werden:  
[...] und/oder hierzu öffentlich oder im Rahmen von Einladungen über neue Medien aufruft (§ 3 Absatz 4 Satz 2)“
- Der § 5 Absatz 2 soll wie folgt konkretisiert werden:  
Die entsprechenden Anordnungen im Sinne von Absatz 2 dieser Regelung können vor Ort durch die zuständigen Ortspolizeibehörden ergehen, deren unmittelbarer Vollzug ebenfalls. Hierzu gehören namentlich der Platzverweis, die Anordnung der Auflösung von Gruppen mit mindestens 3 Personen, insbesondere, wenn diese unzumutbar stören oder Instrumente und Geräte betreiben gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 1 bis 3, sowie die Beschlagnahme von Tonwiedergabegeräten und Musikinstrumenten, aber auch jegliche weiteren Anordnungen im Zusammenhang mit anderen Zuwiderhandlungen gegen die Benutzungsregelungen nach § 3 dieser Satzung, insbesondere das Hinterlassen von Müll.
- Unter § 5 Absatz 3 soll die Mindesthöhe der Geldbuße von 5 auf 50 Euro angehoben werden.

Bürgermeister Erichson betont, es liege nun an den Mitgliedern des Bezirksbeirates beziehungsweise im weiteren Verfahren an den Mitgliedern des Jugendgemeinderates und Gemeinderates, die von der Bürgerschaft vorgetragene Vorschläge zur Änderung / Ergänzung der Neckarvorladsatzung aufzugreifen und über entsprechende Anträge einzubringen.

Herr Köster, Leiter des Bürger- und Ordnungsamtes, nimmt anschließend kurz Stellung zu den vorgetragene Änderungs- / Ergänzungswünschen. Frau Groß, Mitarbeiterin vom Rechtsamt, weist in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass die Änderungs- / Ergänzungswünschen zunächst vom Rechtsamt auf ihre Umsetzbarkeit / Machbarkeit geprüft werden müssten.

Danach melden sich zu Wort:

Bezirksbeirätin Boto Rodriguez, Bezirksbeirat Prof. Dr. Segler, Bezirksbeirat Dr. Rubik, Bezirksbeirätin Linninger, Bezirksbeirätin Isenberg, Bezirksbeirat Klassen, Bezirksbeirätin Claus sowie Stadträtin Stolz und Stadtrat Kutsch

Folgende Hauptaussagen und Fragestellungen werden vorgetragen:

- Seitens der Anwohnerschaft wolle man die Nutzung der Neckarwiese nicht grundsätzlich beschränken, sondern eine normale /verträgliche Nutzung erzielen.
- Grundsätzlich wäre es für die Anwohnerschaft auch kein Problem, wenn die Wiese nach 0 Uhr genutzt werde. Dies sollte aber leise erfolgen. Ruhestörungen / Randle wolle man nicht.
- Durch die vielen aus dem Umland kommenden Besucherinnen und Besucher seien die Parkplätze – noch mehr als ohnehin schon – knapp. Vor allem in der Kastanienallee.
- Der Antrag aus der dem Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität, Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze umzuwandeln, sei kontraproduktiv. Es gebe ohnehin zu wenig Stellplätze.
- Die „Poser-Szene“ sei leider auch in Heidelberg angekommen. Das trage zusätzlich dazu bei, dass sich die Anwohnerschaft gestört fühle.
- Hinsichtlich der Poser sollte die Polizei ihre Präsenz erhöhen und öfter Kontrollen durchführen.
- Die Neckarvorlandsatzung sollte dazu dienen, dass die Polizei im eigenen Ermessen mehr und verstärkt eingreifen könne. Derzeit seien noch Anzeigen durch die Anwohnerschaft nötig, damit die Polizei handeln könne.
- Man sollte sich die Videos anschauen, auf die der Bürger verwiesen habe.
- Bei einem Vorort-Termin auf der Neckarwiese sei die Verwaltung gebeten worden, die Anwohnerschaft schnellstmöglich in die Thematik einzubinden. Heute hätten sie nun die Möglichkeit. Allerdings würde man sich wünschen, zusätzlich ein Forum oder eine Art „Runder Tisch“ zu bilden, damit gemeinsam mit der Anwohnerschaft / Bürgerschaft schnell und nachhaltig Lösungen gefunden werden können und die Neckarwiese wieder der Erholung dienen könne.
- Nicht nur die Anwohnerschaft sollte einbezogen werden, sondern auch der Nutzerkreis der Neckarwiese.
- Aufgrund der Corona-Pandemie seien Kinder / Jugendliche mit der systematischen Schließung von Freizeiteinrichtungen, Clubs, Sportvereinen, Fitnessstudios et cetera konfrontiert worden. Nun sei, zum Leidwesen vieler, die Neckarwiese zum neuen Treffpunkt mutiert.
- Man hätte sich schon vor Monaten Gedanken über Alternativ-Angebote für Jugendliche machen müssen. Vermutlich wäre die Situation dann gar nicht so eskaliert.
- Man dürfe die Kinder / Jugendlichen nicht ausschließlich an den Pranger stellen. Für sie seien die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders schlimm gewesen. Alle Aktivitäten hätten nach und nach schließen und die sozialen Kontakte eingeschränkt werden müssen. Man müsse auch mal ein grundsätzliches Lob an sie aussprechen, dafür, dass sie so lange durchgehalten hätten.

- Die Kinder / Jugendlichen würden sich deshalb auf der Neckarwiese treffen, weil sie ein zentraler Punkt in Heidelberg und gut an das Umland angebunden sei.
- Es sei wichtig, dass die Neckarwiese für jeden frei zugänglich sei.
- Die langen pandemiebedingten Einschränkungen rechtfertigten keine Randalere und Ausschreitungen, wie man sie die letzten Wochen erlebt habe.
- Hinsichtlich der Randalere der letzten Wochenenden stellten sich mehrere Fragen: Wie hoch sei das Anteil an Randalierenden / Störenden gewesen? Seien Präventiv - Maßnahmen eingesetzt worden (Stichworte Streetworker, Konfliktschlichtung)?
- Man müsse bedenken, dass nicht jeder Besucher der Neckarwiese in die Ausschreitungen verwickelt gewesen sei.
- Es sei nicht in Ordnung, dass die friedlichen Nutzer der Neckarwiese in Kollektivhaftung genommen würden für diejenigen, die dort Unruhe stifteten.
- Die Themen „Prävention / Konfliktschlichtung“ seien aktuell wichtiger denn je.
- Die Problemlage sei sehr komplex und vielschichtig. Eine Neckarvorlandsatzung alleine löse das Problem nicht.
- Könnte ein Teil der Lösung sei, dass der KOD länger (bis nach 0 Uhr) eingesetzt werde?
- Es müsste eine „mehrgleisige Strategie“ gefahren werden. Es müsse die Balance zwischen den unterschiedlichen Interessen gefunden werden.
- Die Vorschläge aus der Bürgerschaft seien gut – sie sollten Berücksichtigung finden.
- Die Satzung sollte schnellstmöglich erlassen werden. „Runde Tische“ habe es in der Vergangenheit bereits zu genüge gegeben. Die Einrichtung eines weiteren sei nicht notwendig und würde alles nur verzögern.
- Die Anträge aus der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität seien grundsätzlich gut und richtig.
- In § 3 Absatz 2 Satz 2 der Neckarvorlandsatzung sei von „Gruppen“ die Rede. Dies sollte gestrichen werden, da nicht nur Gruppen, sondern auch Einzelpersonen die Nachtruhe nicht stören dürften.
- Im Vorfeld der Sitzung seien ein Fragenkatalog eingereicht worden. Wenn möglich, sollten diese Fragen beantwortet werden.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain, Bürgermeister Erichson, Herr Köster und Herr Kragl, Leiter des Amtes für Verkehrsmanagement, nehmen Stellung zu den Aussagen beziehungsweise gehen auf die Fragestellungen und den im Vorfeld der Sitzung eingereichten Fragenkatalog ein und beantworten diese soweit möglich.

Die Situation auf der Neckarwiese sei schwierig, da es mehrere gegensätzliche Forderungen gebe. Zum einen solle die Nutzung eingeschränkt und beispielsweise das Grillen und das Alkoholtrinken verboten werden. Auf der anderen Seite wünsche man sich eine Liberalisierung und möglichst wenig Einschränkungen. Mit einem „Runden Tisch“ werde man diesen Konflikt nicht auflösen können – er führe nur zu einer Verstetigung des „Status Quo“. Es müsse jetzt eine Entscheidung getroffen werden. Danach müsse man sich die Situation anschauen und eventuell in ein bis zwei Jahren nachsteuern.

Nach diesen Ausführungen melden sich nochmal eine Bürgerin und ein Bürger zu Wort. Auf Nachfrage von Bürgermeister Schmidt-Lamontain beschließt das Gremium, ihnen im Rahmen einer **Anhörung** (gemäß §3 Absatz 4 der Geschäftsordnung für Bezirksbeiräte) erneut das Wort zu erteilen.

Die Bürgerin und der Bürger legen nochmals ihre Standpunkte dar und betonen, man sei nicht grundsätzlich gegen einen Aufenthalt / eine Feier von Jugendlichen auf der Neckarwiese. Viele seien vernünftig und würden sich angemessen verhalten. Die Ausschreitungen der letzten Wochen seien jedoch äußerst beängstigend, so etwas wolle man nicht dauerhaft erleben. Eskalationen gebe es nicht erst seit Corona auf der Neckarwiese, es habe auch schon früher brenzlige Situationen gegeben. Man müsse alle Interessen berücksichtigen – so auch die der Anwohnerschaft. Diese hätten ein Recht auf Nachtruhe. Grundsätzlich stelle es kein Problem dar, wenn man sich auch nach 23 Uhr auf der Neckarwiese aufhalte – dies müsse aber entsprechend ruhig erfolgen. Es wäre wichtig, einen klaren Kompromiss und gute Regeln für ein friedliches Zusammensein zu finden.

Auch aus dem Gremium melden sich nochmal einige Mitglieder zu Wort und bekräftigen ihre bereits vorgetragenen Aussagen. Man ist sich einig, dass die Einrichtung eines weiteren „Runden Tisches“ keine neuen Erkenntnisse bringen würde. Eine „duale Strategie“ sei jetzt wichtig. Zum einen sollte weiterhin mit kurzfristigen Maßnahmen auf entsprechende (brenzlige) Situationen reagiert werden (Verstärkung der Polizei- und KOD-Präsenz, Schwerpunktaktionen durch Polizei und KOD, Auferlegen von Bußgeldern, Aussprechen von Aufenthaltsverboten et cetera). Zum anderen sei langfristig das Thema Prävention sehr wichtig. Außerdem müssten die Jugendlichen (auch der Jugendgemeinderat) umfassend einbezogen werden und ihnen kooperative und einladende Alternativ-Angebote gemacht werden.

Die Verwaltung sowie der in der Sitzung anwesende Leiter des Polizeireviers Heidelberg - Nord, Theo Härter, nehmen ebenfalls nochmal Stellung. Es gebe eine detaillierte Einsatzplanung des Polizeipräsidiums Mannheim. Die Polizei sei jedes Wochenende in Heidelberg und Mannheim ab 20 Uhr bis weit nach Mitternacht im Einsatz. Die Sicherheitspartnerschaft (mit dem Land Baden-Württemberg) sei aufgrund der Ausschreitungen verlängert worden, wofür man äußerst dankbar sei. Es seien immer wieder Schwerpunktaktionen auf dem Neckarvorland durchgeführt worden – diese werde es auch weiterhin geben. Der KOD stehe in engem Kontakt mit der Polizei; man werde sich weiterhin eng miteinander abstimmen. Verstöße würden konsequent geahndet (Stichwort: Aufenthaltsverbote, Bußgelder).

Nach Abschluss der Diskussionsrunde fragt Bürgermeister Schmidt-Lamontain, ob der Bezirksbeirates Neuenheim ein Votum / Statement zur Situation Neckarvorland abgeben wolle.

Angesichts der fortgeschrittenen Uhrzeit und der Umfänglichkeit der Thematik, so Bezirksbeirat Dr. Rubik, sollte man die Informationsvorlage zur Situation Neckarvorland (Drucksache 0062/2021/IV) heute zur Kenntnis nehmen – weder zustimmend noch ablehnend. Es sei wichtiger, dass man die Neckarvorlandsatzung Punkt für Punkt durchgehe und hierzu eine Empfehlung ausspreche.

Bürgermeister-Schmidt-Lamontain stellt somit fest, dass die Informationsvorlage zur Kenntnis genommen wird.

**gezeichnet**  
Raoul Schmidt-Lamontain  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.07.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.07.2021

### 24.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Die Beratungsergebnisse aus der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021 (korrigierte Version) sowie des Bezirksbeirates Neuenheim vom 01.07.2021 sind als Tischvorlage verteilt.

Ebenfalls als Tischvorlage verteilt ist ein **Sachantrag** der Fraktion DIE LINKE (siehe Anlage 05 zur Drucksache 0062/2021/IV).

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner ruft die Tagesordnungspunkte 24.1 „Situation Neckarvorland“ (Drucksache 0062/2021/IV) und 25 „Erlass einer neuen Neckarvorlandsatzung“ (Drucksache 0169/2021/BV) gemeinsam zur Beratung auf. Über den Inhalt der Satzung müsse später jedoch separat abgestimmt werden.

Anschließend führt er kurz in die Thematik ein und betont, das in der Informationsvorlage (Situation Neckarvorland) vorgesehene Konzept für die Nutzung der Neckarwiese dürfe nicht mit den von der Stadt beschlossenen – aufgrund der aktuell herrschenden Ausschreitungen – zwingend notwendigen Ordnungsmaßnahmen vermischt werden.

Des Weiteren weisen er und Bürgermeister Erichson auf das Beratungsergebnis des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 30.06.2021 hin, in dem mehrere Maßnahmen als Empfehlung ausgesprochen worden seien.

#### In der nachfolgenden Aussprache melden sich zu Wort:

Stadträtin Mirow, Stadtrat Michelsburg, Stadtrat Leuzinger, Stadträtin Dr. Geugjes, Stadträtin Stolz, Stadtrat Geschinski und Stadtrat Cofie-Nunoo

Die Ausschussmitglieder sind sich fraktionsübergreifend einig, dass die derzeitige Situation auf dem Neckarvorland, insbesondere auf der Neckarwiese, unbefriedigend sei. Man wolle weder Ausschreitungen noch Randale – es sei aber wichtig, dass die Neckarwiese in ihrer Funktion als Naherholungsfläche nutzbar bleibe.

Die ordnungsrechtlichen Anordnungen seitens der Stadt (Räumung der Neckarwiese ab 21 Uhr) sehe man äußerst kritisch – insbesondere deshalb, weil sie augenscheinlich nicht wirkten und noch dazu bis Anfang August angesetzt seien. Diese Maßnahmen sollten so kurzfristig wie möglich sein. Es sollte nach ein bis zwei Wochen eine Evaluation vorgenommen werden, um zu schauen, ob der Zeitraum verkürzt werden könne. Eine so frühe Räumung in Verbindung mit einer hohen Präsenz durch die Polizei und / oder den kommunalen Ordnungsdienstes sei kontraproduktiv, da dies oftmals erst recht zu schwierigen Situationen führe beziehungsweise „Krawalltouristen“ anlocke.

Viele Leute würden die Neckarwiese friedlich nutzen wollen, das dürfe man nicht vergessen. Eine Kollektivstrafe sei daher nicht gerecht. Die Polizei sollte sich gezielt auf die „Krawallmacher“ konzentrieren und diese – wenn möglich – gar nicht erst auf die Neckarwiese lassen beziehungsweise im Ernstfall schnell und frühzeitig „aussortieren“. Es müsse wieder möglich sein, sich ohne Angst auf dem Neckarvorland / auf der Neckarwiese aufzuhalten. Außerdem bräuchte die Anwohnerschaft ihre Nachtruhe und müsse sich ohne Bedenken in ihrem Stadtteil bewegen können. Das von der Stadt Heidelberg organisierte Sommerfestival „Lust4Life“ sein kein wirkliches Angebot für Jugendliche. Wieso könne nicht beispielsweise eine Bühne für ein Konzert direkt auf der Neckarwiese aufgebaut werden?

Die bereits im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021 vorgeschlagenen Maßnahmen (Awareness-Kampagne, präventive Maßnahmen, Kommunikation, Schaffung von dezentralen kulturellen Angeboten und Treffpunkten et cetera) sollten schnellstmöglich angegangen werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stimmt zu, dass die Maßnahmen so kurzfristig wie möglich sein müssten. Grundsätzlich sei die Neckarwiese unter der Woche frei zugänglich. Die aktuell beschlossenen Einschränkungen betreffen nur die Abende von Freitag auf Samstag und Samstag auf Sonntag. Momentan befinde man sich in einer Ausnahmesituation, die solche harten Maßnahmen zwingend erforderten. Es sei wichtig, dass Heidelberg ein Signal sende, dass solche Zustände nicht hingenommen würden (Stichwort: Krawalltourismus). Die Maßnahmen zeigten sehr wohl Wirkung: Gerade im Hinblick auf die Poser seien die Zahlen deutlich zurückgegangen.

Weiter führt er aus, prinzipiell sei Kommunikation ein guter Weg zur Konfliktlösung. Dazu müssten aber alle Parteien bereit sein. Hier habe man eine Klientel, die nicht dazu bereit sei. Aus diesem Grund seien die drastischen Maßnahmen notwendig. Aus seiner Sicht fehle derzeit das Regulativ der Studentinnen und Studenten – diese hätten aufgrund ihres Verhaltens und der Anzahl immer eine beruhigende Wirkung gehabt.

Bürgermeister Erichson erklärt, man habe versucht, einen Veranstalter zu finden, der eine Bühne auf der Neckarwiese aufbaue. Jedoch habe man aufgrund der aktuellen Situation niemanden gefunden, der dies habe machen wollen. Weiter betont er, die Polizei versuche, so früh wie möglich kritische Situationen zu erkennen und einzugreifen. Es handle sich aber oftmals nicht um eine große Gruppe, sondern um viele kleine, die sich über die ganze Neckarwiese verteilten und sich gegenseitig „hochschaukelten“ (Stichwort: Solidarisierung). Die Neckarwiese habe während des bisher gültigen Aufenthaltsverbotes ab 0 Uhr immer schon früher geräumt werden müssen.

Überdies merkt er an, man sei bereits mit vielen Institutionen in Kontakt getreten. Ab nächster Woche werde man sogenannte „City-Streifen“ im Einsatz haben, die den KOD bei seiner Arbeit unterstützen und Ansprachen in vielen verschiedenen Sprachen halten können.

Abschließend teilt er mit, die im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021 vorgeschlagenen Maßnahmen funktionierten größtenteils nur auf einer Neckarwiese „im Normalzustand“. Dennoch werde man daran arbeiten und nichts unversucht lassen. Auch den Nachtbürgermeistern habe man mitgeteilt, dass es ihre Aufgabe sei, eine Lösung zu finden.

Im Laufe der Diskussion werden folgende **Anträge** gestellt:

Stadträtin Mirow weist auf einen **Sachantrag** ihrer Fraktion (siehe Anlage 01 zur Drucksache 0062/2021/IV) hin, der bereits in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität vom 12.05.2021 gestellt, aber abgelehnt worden sei. Diesen stellt sie erneut:

Die Verwaltung wird gebeten, die Benutzerfreundlichkeit auf der Neckarwiese zu verbessern und dabei auch die mögliche Erweiterung der offenen unentgeltlich nutzbaren Grillzonen zu prüfen.

Stadtrat Michelsburg unterstützt den Antrag zum Thema Grillzonen und möchte diesen **um folgenden Arbeitsauftrag ergänzen**:

Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität prüfen, auf welchen Plätzen beziehungsweise in welchen Parks im gesamten Stadtgebiet – nicht nur entlang des Neckars – Grillplätze eingerichtet werden können.

Stadträtin Mirow stellt des Weiteren den als Tischvorlage verteilten **Sachantrag** ihrer Fraktion (siehe Anlage 05 zur Drucksache 0062/2021/IV):

Die Fraktion DIE LINKE beantragt die Ergänzung des Sachantrags der Fraktion Die Grünen (Anlage 03 zur Drucksache 0062/2021/IV) um einen weiteren Absatz unter Punkt 1:

„- Die regelmäßige Fortbildung des KOD zwecks Deeskalationstrainings“

Bürgermeister Erichson betont, das Thema Grillzonen könnte problematisch sein, da auch im Bezirksbeirat Neuenheim eine Ausweitung der Grillzonen (bezogen auf den Russenstein) abgelehnt worden sei.

Bürgermeister Schmidt-Lamontain ergänzt, in einigen Stadtteilen könnte die Einrichtung von Grillzonen schwierig sein – beispielsweise liege die Neckarwiese in Wieblingen im „Landschaftsschutzgebiet Unterer Neckar“, was eine Ausweisung von Grillzonen fast unmöglich mache. Er gibt zu bedenken, dass die Einrichtung von Grillzonen in anderen Stadtteilen möglicherweise zu weiteren Konflikten führen könnte.

Des Weiteren werden folgende **Anträge** zur **Änderung der Neckarvorlandsatzung** (Tagesordnungspunkt 25) gestellt:

Stadtrat Leuzinger und Stadträtin Mirow stellen den **Antrag**:

Im § 3 Absatz 2 Punkt 2 und 3 soll die zeitliche Beschränkung auf **24** bis 6 Uhr geändert werden.

Stadträtin Mirow stellt den **Antrag**:

Im § 3 Absatz 2 Punkt 2 soll folgender Satz gestrichen werden:

„Der Aufenthalt in einer Gruppe ist dann gegeben, wenn sich mindestens drei Personen zusammen auf dem Neckarvorland aufhalten.“

Stadtrat Dr. Gradel stellt den **Antrag**:

Im § 3 Absatz 2 Punkt 2 und 3 soll die zeitliche Beschränkung (wie von der Verwaltung vorgeschlagen) auf **22** bis 6 Uhr geändert werden.

In Bezug auf die Anträge zur Änderung der Uhrzeiten in der Neckarvorlandsatzung weist Bürgermeister Schmidt-Lamontain auf die „Rechtlichen Erwägungen zu den Ergänzungsvorschlägen der Anwohnerschaft aus der Bezirksbeiratssitzung vom 01. Juli 2021 [...]“ (siehe Anlage 02 zur Drucksache 0169/2021/BV) hin. Die Änderung auf 23 Uhr sei rechtlich zulässig, sie stünden nicht im Widerspruch zu den gesetzlich normierten Vorgaben.

Frau Groß vom Rechtsamt erläutert anschließend nochmal ausführlich die rechtlichen Erwägungen zu den einzelnen Ergänzungsvorschlägen (siehe Anlage 02 zur Drucksache 0169/2021/BV).

Nach Abschluss der Diskussionsrunde ruft Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner zur Abstimmung auf.

Stadträtin Mirow erklärt, sie werde am Sachantrag ihrer Fraktion (siehe Anlage 01 zur Drucksache 0062/2021/IV) zum Thema Grillzonen nicht festhalten. Man wolle stattdessen dem formulierten **Arbeitsauftrag** von Stadtrat Michelsburg folgen:

Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität prüfen, auf welchen Plätzen beziehungsweise in welchen Parks im gesamten Stadtgebiet – nicht nur entlang des Neckars – Grillplätze eingerichtet werden können.

Bevor es zur Abstimmung über den Arbeitsauftrag kommt, betont Bürgermeister Erichson, sollte dieser so erteilt werden, müsse man die geprüften Vorschläge zwingend in den betroffenen Bezirksbeiräten behandeln.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sagt eine Beteiligung der entsprechenden Bezirksbeiräte zu.

Danach stellt er den **Arbeitsauftrag** zum Thema Grillplätze **mit der Zusage**, die entsprechenden **Bezirksbeiräte zu beteiligen**, wie folgt zur Abstimmung:

Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität prüfen, auf welchen Plätzen beziehungsweise in welchen Parks im gesamten Stadtgebiet – nicht nur entlang des Neckars – Grillplätze eingerichtet werden können.

Die betroffenen Bezirksbeiräte werden entsprechend beteiligt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner hält fest, dass die **Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität** vom 30.06.2021 **übernommen** wird – **ergänzt** um den soeben beschlossenen **Arbeitsauftrag**.

Somit ergibt sich folgende

**Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses (Arbeitsauftrag fett markiert):**

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zur Sicherstellung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswertes der Heidelberger Neckarwiese zwischen Ernst-Walz-Brücke und Theodor-Heuss-Brücke folgende Maßnahmen zu veranlassen:*

- 1) *Awareness-Kampagne mit Hinweisen auf Regeln für ein gutes Miteinander.*
- 2) *Konsequente Überwachung bzw. Durchsetzung der Vorgaben, v.a. gegen Lärm, Verschmutzungen (Müll, Wildpinkeln etc.) und Falschparken (insbesondere Überwachung der Parkberechtigung in der „Kastanienallee“ sowie Ahndung der Falschparker mit konsequentem Abschleppen, wo nötig)*
- 3) *Präsenz der Ordnungskräfte – gegebenenfalls muss der entsprechende gemeindliche Ordnungsdienst entweder personell verstärkt oder andere Schwerpunkte bei der Einsatzplanung gesetzt werden.*

- 4) *Wenn nötig: Am Wochenende Kontrollen bereits an der Zufahrt.*
- 5) *eine Stärkung der präventiven Maßnahmen vor Ort (also Neckarwiese und Altstadt), beginnend am frühen Abend, bestehend aus:*
  - *verstärkter Zusammenarbeit zwischen Polizei, KOD und Jugendsozialarbeiter\*innen unter Einbezug des Jugendgemeinderats, Kulturschaffenden und den Nachtbürgermeistern.*
  - *Einrichtung einer gemeinsamen (zivilen) Fußstreife, gemeinsam mit Jugendsozialarbeiter\*innen, die früh ansprechen und auch niederschwellig ansprechbar sind: Deeskalation, Präsenz, Kommunikation!*
  - *Nutzung der vielen Erfahrungen aus dem Mannheimer Jungbusch ("lange Meile") und Austausch mit dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim.*
- 6) *eine stärkere Einbindung des KOD mit Einsatzzeiten, die sich flexibler an der Lage orientieren (bedeutet: manchmal auch nach Mitternacht arbeiten; Vorplanung, wann das nötig ist, ist gut möglich, das Personal kann an den Tagen später anfangen) -> bitte prüfen, ob eine Aufstockung des KOD nötig ist.*
- 7) *eine absolute Priorisierung des Ermöglichens von dezentralen und hygienekonformen kulturellen Angeboten und die Schaffung von weiteren Treffpunkten für junge Menschen in jedem Stadtteil, um die Situation auf der Neckarwiese und in der Altstadt zu entzerren.*
- 8) *Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:*
  - *Konsequente Ahndung von Lärmverstößen in der Zeit der Nachtruhe zwischen 22 und 6 Uhr.*
  - *Bei Bedarf soll die Uferstraße am Wochenende zwischen 21-24 Uhr auf Höhe der Werderstr. und Lutherstr. gesperrt werden. Anwohnende können über die nebenliegenden Straßen zu ihren Wohnungen kommen.*
  - *Prüfung der Umwandlung der Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze. Dadurch sollen Mieter\*innen bei Verstößen leichter den Abschleppdienst rufen können und Vergehen strikter geahndet werden.*

**Außerdem ergeht folgender Arbeitsauftrag:**

***Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität prüfen, auf welchen Plätzen beziehungsweise in welchen Parks im gesamten Stadtgebiet – nicht nur entlang des Neckars – Grillplätze eingerichtet werden können.***

***Die betroffenen Bezirksbeiräte werden entsprechend beteiligt.***

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt fest, dass alle anderen Anträge zur Neckarvorlandsatzung gehören und über diese sowie den Inhalt der Satzung separat und Tagesordnungspunkt 25 abgestimmt werden muss.

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung und Arbeitsauftrag

# Sitzung des Jugendgemeinderates vom 21.07.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Jugendgemeinderates vom 21.07.2021

## 3.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Das Beratungsergebnis aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.07.2021 ist verteilt.

Der leitende Vorsitzende des Jugendgemeinderates Khalek Naderi ruft den Tagesordnungspunkt 3.1 „Situation Neckarvorland“ (Drucksache 0062/2021/IV) und 4 „Erlass einer neuen Neckarvorlandsatzung“ (Drucksache 0169/2021/BV) gemeinsam auf. Über den Inhalt der Satzung wurde separat abgestimmt.

Er übergibt das Wort an Jugendgemeinderat Yunus Noah Oberst, der aus den letzten beiden Gesprächen des Oberbürgermeisters Prof. Eckart Würzner mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Gruppierungen Jugendlicher berichtet.

Grundsätzlich bestünden in Heidelberg für junge Menschen zu wenig Möglichkeiten sich ohne Konsumzwang zu treffen und zu Feiern.

- Kurzfristig solle ein Festival mit verschiedenen Kooperationspartnern (Gruppe Jugendlicher, Nachtbürgermeister, Karlstorbahnhof, Metropolink sowie weiteren erfahrenen Kulturschaffenden) organisiert werden. Zur Entlastung der Neckarwiese würden auf verschiedenen Freiflächen mit einer mobilen Bühne Angebote an jüngere Altersgruppen gemacht werden.
- Dieses Festival sei das „Kick-Off“ zur mittel- und langfristigen Umsetzung einer jugendlichen Veranstaltungs- und Freizeitkultur in Heidelberg.

Der Youth Think Tank (YTT) Jugendkultur wolle einen Beteiligungsprozess in Heidelberg anstoßen, in dem offene und geschützte Räume gestaltet werden sollen, auf die Unterschiedlichkeit junger Menschen reagiert werden solle und der Jugendliche ernsthaft an der gesamten Entwicklung beteilige und den knappen Raum in der Stadt neu bewerte.

Es sei ein Aktionsbündnis ins Leben gerufen worden, das sich dem Thema Freiflächen für Jugendliche / junge Erwachsene annehme.

Im Rahmen einer **Anhörung** meldet sich eine Bürgerin als Vertreterin der Anwohnerinnen und Anwohner an der Neckarwiese zu Wort. Sie stellt die Situation aus deren Sicht dar und bitte um Verständnis für deren Situation. Abschließend wirbt Sie für ein gutes Miteinander der verschiedenen Gruppen.

In der nachfolgenden Aussprache melden sich zu Wort:

Aus dem Jugendgemeinderat: Paul Goldschmidt, Katharina Weber, Tim Kaltschmidt, Thadeus Deuter, Jakob Tasch, Minyue Wei, Karla Meschkat.

Aus dem Gemeinderat: Derek Cofie Nunoo, Matthias Kutsch, Sahra Mirow.

Aus der Verwaltung: Jimmy Kneipp, Bernd Köster, Dr. Ernst Baader.

Themen des Austauschs:

- Organisatoren des Festivals
- Einbringen eigener Vorschläge für DJs
- Altersbegrenzung nach oben
- Schaffung eines frei zugänglichen aber geschützten Raumes
- Kurzdebatte in der Gemeinderatssitzung am 22.07.2021
- Freigabe von Mitteln zur Finanzierung in der Gemeinderatssitzung am 22.07.2021
- Keine Kollektivstrafen
- Bezogen auf die Neckarwiese ist Dialog zwischen den Gruppen wichtig
- Schulabschlussfeiern auf der Neckarwiese unter Einhaltung der Corona-Bestimmungen
- Für kühle Jahreszeit seien Innenräume notwendig
- Zentrale Rolle des Jugendgemeinderates, wollen sich inhaltlich einbringen.

**Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen mit folgenden Arbeitsaufträgen:**

- **Die Ergebnisse aus den vorangegangenen OB-Gesprächen werden umgesetzt**  
Kurzfristig solle ein Festival mit verschiedenen Kooperationspartnern (Gruppe Jugendlicher, Nachtbürgermeister, Karlstorbahnhof, Metrolink sowie weiteren erfahrenen Kulturschaffenden) organisiert werden. Zur Entlastung der Neckarwiese würden auf verschiedenen Freiflächen mit einer mobilen Bühne Angebote an jüngere Altersgruppen gemacht werden.  
Dieses Festival sei das „Kick-Off“ zur mittel- und langfristigen Umsetzung einer jugendlichen Veranstaltungs- und Freizeitkultur in Heidelberg.
- **Zum Airfield solle ein Shuttle-Bus über den Hauptbahnhof eingerichtet werden**
- **Jugendliche seien als gleichwertige Partner zu betrachten, die Kommunikation solle auch auf ihren Kommunikationswegen (Soziale Medien) in für sie verständlicher Sprache erfolgen.**

**gezeichnet**

Khalek Naderi

2. Vorsitzender des Jugendgemeinderates

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Sitzung des Gemeinderates vom 22.07.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 22.07.2021

### 15.1 Situation Neckarvorland Informationsvorlage 0062/2021/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf die Beratungsergebnisse aus dem Haupt- und Finanzausschuss vom 08.07.2021 und dem Jugendgemeinderat vom 21.07.2021.

Er sagt zu, die Punkte aus diesen beiden Sitzungen als Arbeitsaufträge mitzunehmen.

#### **Die Arbeitsaufträge werden wie folgt festgehalten:**

*Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zur Sicherstellung der Aufenthaltsqualität und des Erholungswertes der Heidelberger Neckarwiese zwischen Ernst-Walz-Brücke und Theodor-Heuss-Brücke folgende Maßnahmen zu veranlassen:*

- 1) *Awareness-Kampagne mit Hinweisen auf Regeln für ein gutes Miteinander.*
- 2) *Konsequente Überwachung beziehungsweise Durchsetzung der Vorgaben, vor allem gegen Lärm, Verschmutzungen (Müll, Wildpinkeln etc.) und Falschparken (insbesondere Überwachung der Parkberechtigung in der „Kastanienallee“ sowie Ahndung der Falschparker mit konsequentem Abschleppen, wo nötig)*
- 3) *Präsenz der Ordnungskräfte – gegebenenfalls muss der entsprechende gemeindliche Ordnungsdienst entweder personell verstärkt oder andere Schwerpunkte bei der Einsatzplanung gesetzt werden.*
- 4) *Wenn nötig: Am Wochenende Kontrollen bereits an der Zufahrt.*
- 5) *eine Stärkung der präventiven Maßnahmen vor Ort (also Neckarwiese und Altstadt), beginnend am frühen Abend, bestehend aus:*
  - *verstärkter Zusammenarbeit zwischen Polizei, KOD (Kommunaler Ordnungsdienst) und Jugendsozialarbeitern/ Jugendsozialarbeiterinnen unter Einbezug des Jugendgemeinderats, Kulturschaffenden und den Nachtbürgermeistern.*
  - *Einrichtung einer gemeinsamen (zivilen) Fußstreife, gemeinsam mit Jugendsozialarbeiter/ Jugendsozialarbeiterinnen, die früh ansprechen und auch niederschwellig ansprechbar sind: Deeskalation, Präsenz, Kommunikation!*
  - *Nutzung der vielen Erfahrungen aus dem Mannheimer Jungbusch („lange Meile“) und Austausch mit dem Referat Prävention des Polizeipräsidiums Mannheim.*
- 6) *eine stärkere Einbindung des KOD mit Einsatzzeiten, die sich flexibler an der Lage orientieren (bedeutet: manchmal auch nach Mitternacht arbeiten; Vorplanung, wann das nötig ist, ist gut möglich, das Personal kann an den Tagen später anfangen) -> bitte prüfen, ob eine Aufstockung des KOD nötig ist.*

- 7) *eine absolute Priorisierung des Ermöglichens von dezentralen und hygienekonformen kulturellen Angeboten und die Schaffung von weiteren Treffpunkten für junge Menschen in jedem Stadtteil, um die Situation auf der Neckarwiese und in der Altstadt zu entzerren.*
- 8) *Die Verwaltung wird gebeten, in Kooperation mit den Nachtbürgermeister\*innen ein Awareness-Konzept für eine „gesicherte Nachtruhe“ mit den folgenden Prämissen vorzulegen:*
- Konsequente Ahndung von Lärmverstößen in der Zeit der Nachtruhe zwischen 23 und 6 Uhr.*
  - Bei Bedarf soll die Uferstraße am Wochenende zwischen 21-24 Uhr auf Höhe der Werderstr. und Lutherstr. gesperrt werden. Anwohnende können über die nebenliegenden Straßen zu ihren Wohnungen kommen.*
  - Prüfung der Umwandlung der Parkplätze an der Uferstraße in einzeln zu vermietende Stellplätze. Dadurch sollen Mieter\*innen bei Verstößen leichter den Abschleppdienst rufen können und Vergehen strikter geahndet werden.*
- 9) *Die Verwaltung soll bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität prüfen, auf welchen Plätzen beziehungsweise in welchen Parks im gesamten Stadtgebiet – nicht nur entlang des Neckars – Grillplätze eingerichtet werden können.*
- Die betroffenen Bezirksbeiräte werden entsprechend beteiligt.*
- 10) *Die Ergebnisse aus den vorangegangenen OB-Gesprächen mit dem Jugendgemeinderat werden umgesetzt*  
*Kurzfristig soll ein Festival mit verschiedenen Kooperationspartnern (Gruppe Jugendlicher, Nachtbürgermeister, Karlstorbahnhof, Metrolink sowie weiteren erfahrenen Kulturschaffenden) organisiert werden. Zur Entlastung der Neckarwiese würden auf verschiedenen Freiflächen mit einer mobilen Bühne Angebote an jüngere Altersgruppen gemacht werden.*
- Dieses Festival soll das „Kick-Off“ zur mittel- und langfristigen Umsetzung einer jugendlichen Veranstaltungs- und Freizeitkultur in Heidelberg sein.*
- 11) *Zum Airfield soll ein Shuttle-Bus über den Hauptbahnhof eingerichtet werden*

- 12) *Jugendliche sind als gleichwertige Partner zu betrachten, die Kommunikation soll auch auf ihren Kommunikationswegen (Soziale Medien) in für sie verständlicher Sprache erfolgen.*

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## **Begründung:**

### **Einleitung**

Mit Antrag 0127/2020/AN wurden aus dem Bezirksbeirat Neuenheim Informationen zum Sachstand Neckarvorland abgefragt. Ferner hat die Gemeinderatsfraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat verschiedene Prüfungsaufträge an die Verwaltung gestellt (0096/2020/AN), die im Folgenden beantwortet werden.

### **Umwandlung der „Kastanienallee“ entlang der Uferstraße in reine Anwohnerparkplätze**

Auch nach den Erfahrungen der Stadtverwaltung parken auf den ausgewiesenen Bewohnerparkplätzen in der Uferstraße (in der sogenannten „Kastanienallee“) oftmals verbotswidrig Verkehrsteilnehmende ohne entsprechende Parkberechtigung.

Die Verwaltung wird deshalb die Beschilderung im Bereich der Parkplätze optimieren und künftig ein absolutes Haltverbot – derzeit ist nur ein eingeschränktes Haltverbot angeordnet – mit entsprechender Befreiung für die Bewohner anordnen.

Überdies werden die Haltverbote in angemessenen (wiederholenden) Abständen zueinander angebracht. Die gewünschte Errichtung einer Schranke wäre jedoch nur durch eine sehr aufwändige und langwierige straßenrechtliche Umwidmung der Kastanienallee zu einer reinen Parkstraße möglich und wird deshalb nicht umgesetzt. Überdies würde sich die Problematik zur Verwaltung der Zugangsberechtigung ergeben (Schlüssel- beziehungsweise Transponderverwaltung). Allein im Jahre 2020 wurden für die Bewohner N1 insgesamt 3.145 Bewohnerparkausweise ausgestellt. Diese hätten alle einen Parkanspruch betreffend der Kastanienallee und müssten entsprechend verwaltet werden. Aus verwaltungsökonomischen Gründen ist dies zwingend auszuschließen; zumal die Schranke vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage auch aus finanziellen Gründen (Kosten ca. 60 000 € zuzüglich Instandhaltung und dauerhafte Wartung et cetera) abzulehnen ist.

### **Änderung der Grillplatzsituation**

Es wird angeregt, nur noch einen festen (gemauerten) Grill mit festen Nutzungszeiten im Bereich der Grillzonen zu installieren, eine Grillzone Richtung Ernst-Walz-Brücke zu verlegen und im Bereich Russenstein eine zusätzliche Grillzone einzurichten.

Die Einrichtung eines festen Grills mit buchbaren Nutzungszeiten würde einen abgetrennten Bereich mit Zugangs- und Endkontrolle nach der jeweiligen Nutzung erforderlich machen. Auch wäre die Einhaltung der gebuchten Zeitfenster zu überwachen, was nicht ohne bauliche Veränderungen (Einzäunung) und Kontrollpersonal leistbar wäre. Die Verlegung einer Grillzone Richtung Ernst-Walz-Brücke wurde verwaltungsintern geprüft; jedoch wieder verworfen, da die Einrichtung der Zone erst hinter der Fußballwiese möglich und hier der Abstand zu der Wohnbebauung zu gering wäre, was zu erheblich größeren Belastungen der Anwohner führen würde.

Der Vorschlag zur Errichtung einer zusätzlichen Grillzone im Bereich des Russensteins, zur Entzerrung der Situation im Bereich des Neckarvorlandes, wird aufgegriffen und soll im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel umgesetzt werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 5.000 €.

**Wie kann vermieden werden, dass die Nutzer\*innen, die auf Grund von polizeilichen und/oder Ordnungsmaßnahmen bzw. pünktlich um 23 Uhr die Wiese verlassen (müssen), nicht durch die kleinen Straßen - oftmals mit einem entsprechenden Lärmpegel - zu Fuß gehen müssen.**

Sollte es auf der Neckarwiese zu Räumungen der anwesenden Besuchenden kommen, steht zunächst die Gefahrenbeseitigung im Mittelpunkt. Erst nachgelagert sind Maßnahmen zu ergreifen, die Personenströme in die entsprechenden Richtungen zu leiten. Nach Möglichkeit und Kräfteverfügbarkeit wird bei künftigen Räumungen darauf geachtet, dass die Personengruppen entsprechend umgeleitet werden, damit es so zu keinen weiteren Lärmstörungen in den umliegenden Straßen kommt.

Gegen übliche Lärmstörungen, die von Personengruppen ausgehen, schreitet der Kommunale Ordnungsdienst, kurz KOD, konsequent ein. Im Sommer 2020 hat der KOD zusammen mit Kräften des Polizeireviers Nord sowie der Sicherheitspartnerschaft wegen Lärm- und Ruhestörungen die komplette Neckarwiese mehrfach geräumt. Hierzu wurden jeweils 500 - 1.000 Personen angewiesen, die Neckarwiese umgehend zu verlassen. Wir beabsichtigen jederzeit erneut im Rahmen der Gefahrenabwehr die Neckarwiese zu räumen, sollte sich die Gefahrenlage zuspitzen. Derartige ordnungsrechtliche wie polizeiliche Lagen erfordern einen hohen Kräfteansatz, sodass immer lage- und kräfteorientiert entschieden werden muss.

**Prüfung, ob der Bereich, der weiterhin als Standort für Wohnmobile genutzt wird, entsiegelt und als Grünfläche aufgewertet werden kann.**

Dieser Bereich ist Teil der Rettungszufahrt zu den Kliniken im Neuenheimer Feld, eine mögliche Umgestaltung müsste vor diesem Hintergrund vertiefend geprüft werden.

Zur Reduzierung der Anzahl an abgestellten Wohnmobilen in der verlängerten Uferstraße (Bereich Ernst-Walz-Brücke) wird die Verwaltung zukünftig nur noch ein Parken von Personenkraftwagen zulassen und dann verbotswidrig abgestellte Wohnmobile entsprechend verwarnen. Hierdurch erhoffen wir uns eine nachhaltige Reduzierung des unerwünschten Campingtourismus in diesem Bereich. Es bleibt jedoch zu beobachten, ob es im Zuge dessen zu einer Verlagerung der mobilen Campingparker kommt (Verlagerung in östliche Richtung der Uferstraße), womit eine nachträgliche Änderung der Parkregelung nicht auszuschließen ist.

**Prüfung, ob im gleichen Bereich (Uferstraße von Ernst-Walz-Brücke bis Posseltstraße und direkt unter der Brücke) die Beleuchtung verstärkt werden kann, damit Angsträume vermieden werden**

An den 44 Leuchtpunkten der Kastanienallee der Neckarwiese werden die Beleuchtungskörper ersetzt und damit die Beleuchtung nachhaltig verbessert. Eine Erhöhung insbesondere unter der Brücke würde zu Anziehungseffekten führen und ist somit sicherheitspolitisch bedenklich.

## **Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes /der Lokalen Agenda Heidelberg**

### **1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes**

<b>Nummer/n: (Codierung)</b>	<b>+ / - berührt</b>	<b>Ziel/e:</b>
SL 8		Groß- und kleinräumige Freiflächen erhalten und entwickeln
		<b>Begründung:</b>

SOZ13

Ausreichend Freiflächen mit unterschiedlichen Angeboten für alle Altersgruppen vorhalten und entwickeln.

**Ziel/e:**

Gesundheit fördern, gesündere Kindheit ermöglichen

**Begründung:**

Bewegungs- und Aufenthaltsangebote im Freien vorhalten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet

Raoul Schmidt-Lamontain

**Anlagen zur Drucksache:**

<b>Nummer:</b>	<b>Bezeichnung</b>
01	Sachantrag der Fraktion DIE LINKE vom 11.05.21 <b>Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 12.05.2021</b>
02	Sachantrag der Fraktion "Die Heidelberger" vom 08.06.2021
03	Sachantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.06.2021 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates vom 24.06.2021)</b>
04	Sachantrag der SPD Gemeinderatsfraktion vom 30.06.2021 <b>Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität am 30.06.2021</b>
05	Sachantrag der Fraktion DIE LINKE vom 08.07.2021 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 08.07.2021)</b>
06	Beantwortung der Fragen von Stadträtin Kiziltas <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Gemeinderates am 22.07.2021)</b>